

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

19. Wahlperiode

AUSSCHUSSPROTOKOLLE

Lö/HaFA (Stadt)

29. Sitzung

31.03.17

Haushalts- und Finanzausschuss

(Stadt)

29. Sitzung

am 31. März 2017

Haus der Bürgerschaft, Raum 2

Anwesend:

Abg. Frau Aulepp (SPD)
Abg. Herr Bensch (CDU)
Abg. Herr Dr. vom Bruch (CDU)
Abg. Herr Buhlert (FDP)
Abg. Frau Dehne (SPD)
Abg. Herr Eckhoff (CDU), Vorsitzender
Abg. Herr Fecker (Bündnis 90/Die Grünen)
Abg. Herr Gottschalk (SPD)
Abg. Herr Liess (SPD), stellv. Vorsitzender
Abg. Herr Rupp (DIE LINKE)
Abg. Frau Yildiz (Bündnis 90/Die Grünen)

außerdem sind anwesend:

Herr Sommer)
Herr Fehren)
Herr Meyer)
Frau Dr. Saebetzki)
Herr Schneider) von der Senatorin für Finanzen
Frau Kreitz)
Herr Dr. Weller)
Frau Schöne)
Frau Bleiker)

Frau Sokol		Präsidentin des Rechnungshofs
Frau Dr. Brockmüller)	
Herr Meyer-Stender)	vom Rechnungshof der Freien
Frau Dr. Otten)	Hansestadt Bremen
Frau Holsten)	
Herr Schweiger)	von der Senatskanzlei
Herr Helmbrecht)	
Herr Ullrich)	vom Senator für Wirtschaft, Arbeit
Herr Wiebe)	und Häfen
Frau Dr. Greve)	
Herr Kindscher)	vom Senator für Kultur
Herr Schütte-Thuy		von der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz
Herr Runge		vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
Herr Flottan		von der Wirtschaftsförderung Bremen
Frau Moning		von der Senatorin für Kinder und Bildung
Herr Winsemann		vom Gesamtpersonalrat Bremen
Frau Tanja Meyer		von Immobilien Bremen
Frau Mußmann		Mitarbeiterin der Fraktion der CDU
Herr Löffler		von der Bürgerschaftskanzlei als Ausschussreferent

Abg. Herr Eckhoff eröffnet die Sitzung um 15.35 Uhr.

Öffentlicher Teil

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) kommt darin überein, unter III. 4.7 den Tagesordnungspunkt Erhaltung und Anpassung von Straßen einschließlich der Wege, Plätze, Radwege und Verkehrseinrichtungen 2017 zu beraten und den Tagesordnungspunkt III. 3.1 für die heutige Sitzung auszusetzen.

I. Protokolle

1. Protokoll der 27. (Sonder-)Sitzung vom 24. Februar 2017

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) genehmigt das Protokoll der 27. (Sonder-)Sitzung vom 24. Februar 2017.

2. Protokoll der 28. Sitzung vom 3. März 2017

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) genehmigt das Protokoll der 28. Sitzung vom 3. März 2017.

II. Anträge und sonstige Initiativen aus der Bürgerschaft

2. Angelegenheiten aus dem Haushalts- und Finanzausschuss

2.1 Auflistung der noch abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Haushalts- und Finanzausschüsse (dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt II. 2.1 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses) - Vorlage mit Stand der Sitzung vom 3. März 2017 -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt II. 2.1, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Auftragsliste zur Kenntnis.

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt II. 2.1, bittet der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) die Senatorin für Finanzen,

die Ressorts auf die Erledigung der noch ausstehenden, aber bereits aktuellen Berichtsaufträge dringlich hinzuweisen.

III. Initiativen des Senats

2. (Controlling-) Berichte

2.1 Zentrales Finanzcontrolling - Jahresbericht 2016 (dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 2.1 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses) - Vorlage 19/352 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 2.1, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Jahresbericht 2016 des Zentralen Finanzcontrollings sowie die als Tischvorlage verteilte Austauschseite zur Kenntnis.

2.2 Umsetzung des Kommunalinvestitionsgesetzes im Bundesland Bremen hier: Berichtsbitte lfd. Nr. 55b der Auftragsliste (dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 2.2 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses) - Vorlage 19/353 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 2.2, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den Bericht zur Kenntnis und sieht die Berichtsbitte Nr. 55 b) als erledigt an.

2.3 Sanierungsbedarf an Bremer Schulgebäuden hier: Berichtsbitte lfd. Nr. 87 der Auftragsliste - Vorlage 19/354 S -

Abg. Herr Rupp kritisiert, dass die bereits wiederholt gestellte Frage zur Höhe des Sanierungsstaus an Bremer Schulgebäuden auch mit diesem Bericht nicht beantwortet werde. Auf der Grundlage der Vorlage könne lediglich vermutet werden, dass bei einem Großteil der Gebäude die Lebenszeit bereits überschritten sei und dement-

sprechend hohe Sanierungsbedarfe bestehen. Auch sei nicht nachvollziehbar, warum nicht wenigstens zu den 36 % der bereits begangenen Gebäude Angaben zum festgestellten Sanierungsstau gemacht werden.

Abg. Herr Dr. Buhlert erklärt, für die FDP-Fraktion sei nicht nachvollziehbar, warum es dem Senat nicht möglich sein soll, eine konkrete Kostenschätzung zum Sanierungsstau an Bremer Schulgebäuden abzugeben. Es stehe hier in der grundsätzlichen Verantwortung des Senates, konkrete Zahlen zu nennen, damit der Haushaltsgesetzgeber notwendige Entscheidungen treffen könne.

Abg. Herr Gottschalk wirft in Anbetracht des hohen Sanierungsstaus an Bremer Schulen die grundsätzliche Frage auf, ob es sinnvoll sei, einen Großteil des ab 2020 zu erwartenden Belastungsausgleichs in die Schuldentilgung zu stecken. Aus seiner Sicht sollte stattdessen überlegt werden, mit diesen zusätzlichen Finanzmitteln Investitionsmaßnahmen zu finanzieren.

Abg. Dr. vom Bruch erwidert, der ab dem Jahre 2020 zu erwartende Belastungsausgleich stehe unter der Zweckbindung der Finanzierung von wirtschafts- und finanzkraftstärkender Investitionen. Die Sanierung baufälliger Schulgebäude werde deshalb mit diesen Mitteln nicht zu finanzieren sein.

Abg. Herr Liess merkt an, dass es in der Sache zwar zutreffend sei, dass der Belastungsausgleich grundsätzlich zur Stärkung der Finanz- und Wirtschaftskraft einzusetzen sei, jedoch dürfe nicht übersehen werden, dass mit einer entsprechenden investiven Schwerpunktsetzung mit den Mittel des Belastungsausgleichs an anderer Stelle des Haushaltes Mittel frei werden, die wiederum für den Abbau des Sanierungsstaus an Schulen eingesetzt werden können.

Des Weiteren möchte Herr Liess wissen, wann die Begehungen der Schulgebäude abgeschlossen sind und ob diese Begehungen gegebenenfalls mit mehr Personal beschleunigt werden können.

Frau Schöne antwortet, dass erst in ca. zwei Jahren der gesamte Schulgebäudebestand begangenen sei. Selbstverständlich sei es mit einem höheren Personaleinsatz auch möglich, diesen Zeitraum zu verkürzen.

Abg. Herr Rupp möchte wissen, wie hoch der der Sanierungsbedarf an den bereits begangenen ca. 36 % der Gebäude eingeschätzt werde.

Frau Schöne antwortet, zutreffend sei, dass im Rahmen der dezidierten Begehungen auch erste Kostenschätzungen für mögliche Sanierungsarbeiten erfolgen. Hierbei handele es sich jedoch lediglich um grobe Schätzungen, die nach Freigabe durch die Hausspitze auch mitgeteilt werden können.

Abg. Herr Leidreiter erklärt, er erwarte, dass das Finanzressort die Fragen der Abgeordneten zur Höhe des Sanierungsstaus umfassend und wahrheitsgemäß beantworte. Die zu den bereits begangenen Gebäuden festgestellten Sanierungsbedarfe sind daher unverzüglich mitzuteilen.

Frau Kreitz ergänzt, selbstverständlich werde das Finanzressort - soweit vom Ausschuss gewünscht - zu den bislang durch grobe Schätzung festgestellten Sanierungsbedarfen bei den bereits begangenen Schulgebäuden berichten.

Abg. Herr Eckhoff bittet das Finanzressort spätestens zur Ausschusssitzung am 9. Juni 2017 das Zwischenergebnis zu den bereits begangenen 36 % der Schulgebäude mitzuteilen. Neben entsprechender Kostenschätzungen zum Sanierungsbedarf ist dabei auch aufzuzeigen, wie die Begehungen der restlichen Schulgebäude beschleunigt werden können.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) nimmt die Vorlage zur Kenntnis und schließt sich der Berichtsbitte des Abg. Herrn Eckhoff an.

2.4 Zwischenbericht zum Zukunftskonzept Kunstverein hier: Berichtsbitte lfd. Nr. 45 der Auftragsliste - Vorlage 19/355 S -

Auf Nachfrage der Abg. Herren Rupp und Eckhoff erklären **Herr Kindscher** und **Frau Dr. Greve**, dass die Liquidität beider Einrichtungen gesichert sei und die in der Vorlage dargestellten Besucherprognosen im Rahmen des Haushaltsaufstellungsverfahrens nochmals überprüft und gegebenenfalls angepasst werden.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) nimmt den beigefügten Zwischenbericht zur Kenntnis und bittet den Senator für Kultur, zur Sitzung am 15. September 2017 einen Bericht zur finanziellen Ausrichtung der zukünftigen Jahre vorzulegen.

2.5 Zwischenbericht zum Zukunftskonzept der Wilhelm-Wagenfeld-Stiftung hier: Berichtsbitte lfd. Nr. 32 der Auftragsliste - Vorlage 19/356 S -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) nimmt den beigefügten Zwischenbericht zur Kenntnis und bittet den Senator für Kultur, zur Sitzung am 15. September 2017 einen Bericht zur finanziellen Ausrichtung der zukünftigen Jahre vorzulegen.

**4. Vollzug der Haushalte
Nachbewilligungen, Verpflichtungsermächtigungen, Sperrenaufhebungen, sonstige Vollzugsangelegenheiten**

4.1 Nachbewilligung in Höhe von 117.393 € zugunsten der Hst. 3987/532 59-8, An Immobilien Bremen (AÖR), zentrale Finanzierung der Gebäudereinigung - Vorlage 19/359 S -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt einstimmig der beantragten Nachbewilligung zu.

4.2 Produktgruppe 51.01.01: Gesundheitsförderung, -schutz und -hilfe hier: Aufhebung von Sperrern für die Weiterentwicklung der psychiatrischen Versorgung in Höhe von insgesamt 1,24 Mio. € (dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 4.4 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses) - Vorlage 19/360 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 4.4, beschließt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) einstimmig die Aufhebung der Sperrern bei den Hst.

- 0501/682 20-9 Förderung und Einsatz von Genesungsbegleitern i.H.v. 365 Tsd. €
- 0501/684 15-5 Förderung Gemeindepsychiatrischer Verbände i.H.v. 490 Tsd. € sowie

- 3501/682 25-9 Aufbau und Erprobung regionaler Krisendienste i.H.v. 385 Tsd. €

**4.3 Sperrenaufhebung in Höhe von 324.515 € für Sportförderungszuschüsse
- Vorlage 19/361 S -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt einstimmig der Sperrenaufhebung in Höhe von 324.515,00 € bei der Hst. 3191/684 00-0, Zuschüsse Sportförderung, zu.

**4.4 Produktgruppe 68.02.06 Städtebau/ Stadtumbau/ Wohnungswesen
Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 473.000 € bei Hst. 3696/892 80-5, Zuschüsse für Maßnahmen des Denkmalschutzes
- Vorlage 19/362 S -**

Abg. Herr Eckhoff fragt nach der Höhe des Bundesanteils bei der Maßnahme und der Entwicklung der Fahrgastzahlen am Bahnhof Bremen Neustadt.

Herr Runge erklärt, die Bundesmittel betragen für diese Maßnahme 401.000 €. Die weitere Fragestellung zu Entwicklung der Fahrgastzahlen am Bahnhof Bremen Neustadt werde das Fachressort im Rahmen einer Anlage zum Protokoll (**Anlage 1**) beantworten.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und FDP bei Einhaltung der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung bei Hst. 3696/892 80-5, Zuschüsse für Maßnahmen des Denkmalschutzes zu Lasten 2018 (473,0 Tsd. €) in Höhe von 473,0 Tsd. € zu.

**4.5 Produktgruppe 68.01.02 Öffentliche Verkehrswege/ Finanzhilfen
Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung bei Hst. 3687/884 10-
7, Investive Zuweisungen an das Sondervermögen Infrastruktur/
Verkehr (ASV) in Höhe von 359.000 €
- Vorlage 19/363 S -**

Die **Abg. Herren Rupp** und **Fecker** bitten im Rahmen einer Anlage zum Protokoll (**Anlage 2**) die konkreten Standorte für die „mobil.pünktchen“ und „mobil.punkten“ zu benennen und um Erläuterung des Zuschlagsverfahrens.

Abg. Herr Dr. Buhlert erklärt, die Fraktion der FDP könne dieser Vorlage in Anbetracht der fehlenden Wettbewerbssituation nicht zustimmen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und DIE LINKE gegen die Stimme des Ausschussmitgliedes der Fraktion der FDP der Erteilung einer Verpflichtungsermächtigung bei Hst. 3687/884 10-7, Investive Zuweisungen das Sondervermögen Infrastruktur/ Verkehr (ASV) in Höhe von 359,0 Tsd. € zu Lasten 2018 (154,0 Tsd. €), 2019 (155,0 Tsd. €) und 2020 (50,0 Tsd. €) zu.

**4.7 Produktgruppe 68.01.02 Öffentliche Verkehrswege / Finanzhilfen
Erhaltung und Anpassung von Straßen einschließlich der Wege,
Plätze, Radwege und Verkehrseinrichtungen 2017
hier: Verwendung von Minderausgaben in Höhe von 1,3 Mio. € im
Sondervermögen Infrastruktur/ Verkehr
- Vorlage 19/331 L -**

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt einstimmig der Verwendung von Minderausgaben in Höhe von 1,3 Mio. € im Sondervermögen Infrastruktur/Verkehr zu.

5. Personalhaushalt/Stellenplan

5.1 Vorläufiger Abschlussbericht - Sachstand über die Vermittlung von Beschäftigten der Gesundheit Nord gGmbH Klinikverbund Bremen (GeNo)

hier: **Berichtsbitte lfd. Nr. 63 der Auftragsliste**

(dazu Hinweis auf die Vorlage zu Punkt III. 5.1 der Tagesordnung für die Sitzung des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses)

- Vorlage 19/364 S -

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 5.1, nimmt der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) den vorläufigen Abschlussbericht zum Sachstand über die Vermittlung von Beschäftigten der Gesundheit Nord gGmbH Klinikverbund Bremen (GeNo) zur Kenntnis und bittet zum Ende des Jahres 2017 um eine abschließende Berichterstattung.

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 5.1, bittet der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) einstimmig die Senatorin für Finanzen, die Finanzierung des Personals im Jahr 2017 durch zentrale Risikomittel im Personalhaushalt umzusetzen.

Unter Hinweis auf die Behandlung der inhaltsgleichen Vorlage in der vorangegangenen Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (Land), vergleiche dort Tagesordnungspunkt III. 5.1, der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) bittet einstimmig die Senatorin für Finanzen dafür Sorge zu tragen, dass die Gesellschafterversammlung einen Beschluss fasst, dass die nicht benötigten Mittel aus Rückstellungen bei der GeNo für Restrukturierungsmaßnahmen im Personalbereich für anstehende zusätzliche Investitionen genutzt werden.

5.2 Verlagerung von Aufgaben aus dem Stadttamt zum Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen - Vorlage 19/365 S -

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) stimmt mehrheitlich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU, DIE LINKE und der FDP der Verlagerung der Marktangelegenheiten, der Vollzugsaufgaben im Bereich der Gewerbe- und Gaststättenangelegenheiten einschließlich der hierauf gerichteten Vollzugsaufgaben nach dem Geldwäschegesetz sowie der Fischereiangelegenheiten zum Geschäftsbe- reich des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zu.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) bittet die Senatorin für Finanzen die haushalts- und stel- lentechnische Umsetzung vorzunehmen.

IV. Verschiedenes

1. Berichtsbitte zu einer Verpflichtungsermächtigung für den Kita-Ausbau (Mobilbauten)

Abg. Herr Dr. vom Bruch möchte wissen, ob der Senatsbeschluss, der vorsah, bis zum Ende des ersten Quartals 2017 eine Verpflichtungsermächtigung für den Kita- Ausbau (Mobilbauten; Umfang: konsumtiv 2,4 Millionen € und investiv 13 Millionen €) aufzulösen, umgesetzt worden sei. Sollte dies noch nicht geschehen sein, bittet er um Auskunft, wann damit zu rechnen sei und wie konkret die Umsetzung dieses Senatsbeschlusses erfolgen soll.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) schließt sich der Berichtsbitte des Abg. Herrn Dr. von Bruch an und bittet das zuständige Ressort zur nächsten Sit- zung um eine entsprechende Berichterstattung.

(Schluss der öffentlichen Sitzung um 16.20 Uhr)

gez. Jens Eckhoff

Ausschussvorsitzender